

EMPÖRT EUCH !

GEGEN DIE AUSHÖHLUNG DES SOZIALSTAATS UND DES ASYLRECHTS !

Mit der anstehenden Koalitionsbildung haben wir jetzt mit dem Schlimmsten zu rechnen.

Eine Übersicht, was jetzt schon schief läuft - und was durch die neue CDU/CSU/SPD-Regierung geplant ist:

- Erwerbslose sollen mit verschärften Sanktionen und Verschlechterungen des Regelsatzes weiterhin aus dem Leistungsbezug und in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Der Zwang zur Arbeit für Geflüchtete und Erwerbslose wurde und wird von CDU/CSU/SPD, aber auch der AFD, offen angedroht, regional schon umgesetzt. Die Schonfristen bei der Vermögensanrechnung und bei zu hohen Wohnkosten in der neuen „Grundsicherung“ sollen geschleift werden.
- Der Status der EU-Bürger*innen und Menschen aus anderen Ländern in allen sozialen Bereichen wurde schon vor Jahren, insbesondere, was Leistungen und Aufenthaltsrecht anbetrifft, immer mehr verschlechtert, bis hin zu Ausweisungen bei Erwerbslosigkeit bzw. beim Bezug sozialer Leistungen.
- Die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen und mehr Abschiebungen für diesen Personenkreis sind in der Umsetzung, unterstützt von anti-migrantischer Hetze. Datenschutz: Fehlanzeige. Allerdings weigern sich einige Kommunen, diese so wie geplant durchzuführen. Zur Zeit stellt dieses System sich z.T. selbst ein Bein, Begründung: die Software. Es ist aber leider nur eine Frage der Zeit, wann es überall eingeführt wird.
- Zeitgleich wurde in einer Hau-Ruck-Aktion in einer eigens dafür gebildeten Koalition aus der alten und neuen Regierung ein unbegrenzter Schuldenberg für die Militarisierung sowie erhebliche Schulden für „neue Infrastruktur“ verabschiedet. Geld wird für Aufrüstung und Militarisierung statt für soziale Maßnahmen ausgegeben. Dort gilt dann wieder die selbstgewählte „Schuldenbremse“. Die Kürzungen im Sozialen dienen ausschließlich der Disziplinierung und repressiver Ordnungspolitik.
- Allen Menschen aus Kriegsgebieten oder unsicheren Staaten (z.B. Afghanistan, Syrien, Russland, Nahost) wird trotz stattfindender Kriege der Zugang zur "Festung Europa" immer weiter versperrt, das Überleben ist gefährdet. Das Mittelmeer ist beides: Außengrenze der EU und ein Massengrab. Im Nachbarland Polen, ist, z.B. an der EU-Grenze zu Belarus, das Asylrecht offiziell ausgesetzt worden. Es gibt seit fast einem Jahr einen Schießbefehl gegen „Illegale“. In Libyen wird von der „Küstenwache“, kooperierend mit der EU, Folter angewandt. Es gibt dort rassistische Angriffe gegen Flüchtende. Der Familiennachzug, z.B. für Kinder aus Syrien, soll jetzt abgeschafft werden.

- Die deutsche Staatsbürgerschaft soll erst nach fünf Jahren gewährt werden. Die Regelung, dass Geflüchtete aus der Ukraine unter Umgehung der Einstufung als Asylbewerber*innen ALG II bekommen, wird für neue Fälle, d.h. alle jetzt Ankommenden, gestoppt; rückwirkend ab dem 1. April. Dies, obwohl noch keine neu gewählte Regierung im Amt ist. Es soll wohl Schnelligkeit nach rechts außen symbolisieren und hat keinen anderen Zweck !
- Eine Krankenversicherung für illegalisierte (oder z.B. für obdachlose und/oder verschuldete) Menschen gibt es so gut wie gar nicht. In manchen Regionen ist ärztliche Behandlung durch Stiftungen, Wohlfahrtsverbände und Einzelinitiativen gewährleistet, keine staatliche Beteiligung.
- Das Elterngeld kommt Hartz-IV- Bezieher*innen nach wie vor nicht zugute wie eventuelle gesetzliche Erhöhungen. Ist bald auch die Abschaffung des Kindergelds dran, welches für EU-Bürger*innen und Drittstaatler*innen sowieso in der Praxis schon massiv eingeschränkt oder versagt wurde ?
- Eine echte oder auch nur eine Schein-Kindergrundsicherung wurde von der „Ampel“ entgegen der Versprechungen der BÜNDNISGRÜNEN nicht eingeführt. Kinderarmut ist kein Thema mehr. Kinder werden wie immer für die Erwerbslosigkeit ihrer Eltern bestraft. Der Kinderzuschlag und das Wohngeld sollen „zusammengelegt“ werden. Wie immer dies gesetzlich ausgestaltet sein wird, Kürzungen und Einschränkungen sind hier zu erwarten.
- Die Altersrente führt bei vielen, insbesondere Frauen, zu Altersarmut.
- Die gesetzliche Pflegeversicherung und die Krankenversicherung stehen vor dem Kollaps. Für Arme und selbst für Menschen mit Durchschnittseinkommen bzw. -rente sind Krankheit und Pflegebedürftigkeit nicht mehr finanzierbar. Dagegen etwas zu tun, ist noch nicht einmal ansatzweise im Koalitionsvertrag enthalten.
- Nicht eine Friedens-, sondern die „Kriegsfähigkeit“ der Bundeswehr soll verstärkt mit neuen Schulden umgesetzt werden. Schon jetzt ist die Bundesrepublik durch direkte Waffenlieferungen an den Kriegen in der Ukraine und Nahost beteiligt. Ein 'Heimatschutz' als Teil der Armee wird vollkommen neu gebildet, das Zivile dem Militär untergeordnet. In Krankenhäusern und Schulen wird der Einsatz bzw. das Verhalten im Krieg inklusive der Simulation mit Kriegsverletzten geplant. Parallel wird die Aufrüstung in exponentieller Form gepusht.

In schlechter neoliberaler, sozialdarwinistischer Manier werden einzelne soziale Gruppen wieder gegen andere Gruppen ausgespielt, um eines zu erreichen: Dass diejenigen auf der "untersten Sprosse" der Gesellschaft immer mehr nach unten gedrückt, mißachtet und ungerecht behandelt bzw. ihrer Rechte beraubt werden.

Was mit „Hartz I-IV“ vor 20 Jahren begann und in den letzten Jahren zwar kontinuierlich, aber schleichend in kleineren Schritten umgesetzt wurde, soll jetzt, mit der neuen CDU/CSU/SPD-Regierung, einen weiteren Höhepunkt erreichen.

2004/05 waren größere Demonstrationen möglich.

Alle aufgewandten Kräfte konnten aber damals die „Hartz Gesetze“ leider nicht gegen die Macht der Herrschenden verhindern. An einen Punkt, es zu versuchen, müssen wir aber jetzt wieder kommen. Denn es geht um den gesamten Sozialstaat und dessen zukünftige Ausgestaltung, vor allem aber um die Interessen derer, die von dieser groß angelegten staatlichen Armutspolitik betroffen sind.

Es reicht nicht aus, eventuell ein Kreuz an einer bevorzugten Stelle gemacht zu haben, das zeigten auch die vergangenen Proteste gegen „Hartz IV“.

Unsere Forderungen müssen auf der Straße mit Aktionen und Demonstrationen vertreten werden.

Denn auch Parlamentarier*innen werden ohne zivilgesellschaftlichen Protest und Widerstand in ihrem ureigenen Geschäft zerrieben werden oder sich in einen Konsens „Deutschland zuerst“ einbinden lassen. Dies zeigte schon die Begleitmusik der jetzigen Regierungsbildung, die Grundgesetzänderungen.

Gängiges Motto war auf vielen Demos: „Alle zusammen gegen den Faschismus bzw. gegen rechts“.

Gegen rechtes Denken und Handeln in Gesellschaft und Parlament aufzutreten, wie erstaunlich viele es vor der Wahl taten, hatte ja seinen Sinn, aber das reicht leider nicht aus. Und unter dem Vorwand, gegen AFD und rechts zu handeln, wurden statt dessen deren Forderungen von der so genannten demokratischen Mitte der Gesellschaft in vorauseilendem Gehorsam vorgeschlagen und schon durchgesetzt.

Es gibt sie ja noch, trotz des eisigen Windes, der uns entgegen weht: Proteste gegen Zwangsräumungen/um Wohnraum, Geflüchteten-, migrantische und antirassistische Gruppen, feministische und solidarische Stadtteilgruppen, Initiativen von Prekären und Erwerbslosen und gegen Militarisierung der Gesellschaft, Klimaproteste sowie basisorientierte antifaschistische-Gruppen.

Thematische Klammer dieser Kämpfe ist:

Wir lassen uns nicht spalten – wir halten zusammen gegen Sozialabbau und Ausgrenzung,

Es geht ums Ganze:

- für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft.
- für eine menschenwürdige Existenzsicherung und Teilhabe
- für eine menschenwürdige Migrationspolitik
- für gute Lebensbedingungen und ein gutes Leben für alle - weltweit

Arbeiten wir gemeinsam daran, denn gemeinsam sind wir stärker.

Hierzu müssen wir möglichst überall gesellschaftliche Bündnisse schließen:
Von Initiativen vor Ort bis zu Sozialverbänden und der Gewerkschaftsbasis
Geflüchteten-Initiativen und vielen anderen mehr.

Nehmen wir uns ein Vorbild an den Bündnissen, die sich 2004/05 gegen „Hartz IV“ gebildet hatten, an allem, was es in den letzten Jahrzehnten an Protesten von unten gab. Und lasst uns auch über die jeweiligen Einzelthemen und politische Differenzen hinweg lokale und regionale Bündnisse bilden; an die Arbeit gehen !

BAG Prekäre Lebenslagen (BAG Prekär), im 22.04.2025